

Auszug aus FORVM bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/kein-schlaraffenland-aber-leben.html>)

erstellt am: 2. Dezember 2023

Datum dieses Beitrags: Juni 1984

Kein Schlaraffenland, aber leben

Es hat keinen Zweck, Pläne für den Weltuntergang zu schmieden. Gescheiter ist es, sich gegen sein Kommen zu wehren – auch in den (bestehenden) Parteien.

■ PAUL BLAU

Der ökologische Notstand, der auch unser von der Natur begünstigtes Land trifft und der unter anderem auch das einsetzende großräumige Waldsterben zum nationalen Notstand zu werden droht, verlangt radikale Veränderungen in unserem Denken und Handeln. Das Gewohnte muß zum Verbotenen, das Normale zum Perversen erklärt, der gepriesene Realismus als Verdrängung der Realität erkannt werden, wenn die herrschende Generation nicht innerhalb kurzer Zeit den Anspruch der Kommenden auf eine lebenswerte Zukunft verspielen soll.

Die Parteien sind ihrer Bestimmung nach dazu berufen, „die Gestaltung des Staatswesens und die Willensbildung in ihm zu beeinflussen.“

Müßte nicht der Sturm der Veränderung am stärksten in ihren Reihen werden?

Bedenken wir, was alles mit der Bewältigung des ökologischen Notstandes unvereinbar ist:

- Weiters materielles Wirtschaftswachstum. Es beschleunigt die Spirale der Zerstörung.
- Die „Realpolitik“ als Sachzwangspolitik. Dem Sachzwang nachgeben heißt, vor dem eigenen Werk kapitulieren, um Nichtverantwortbares zu begründen. Beispiel: Weil Zwentendorf 8 Milliarden Schilling gekostet

hat, soll es in Betrieb gehen, obwohl die Grundprobleme der Atomenergie nach wie vor ungelöst sind.

- Die Produktion als Selbstzweck: Um Arbeitsplätze zu schaffen spricht: Gewinne zu erzielen. Nicht, um Bedürfnisse zu decken. Somit: Die Produktion als sinnlose Vergeudung des kostbaren Nichterneuerbaren. (Beispiel: Bau unnützer Brücken oder Straßen zur Sicherung von „Anschlußaufträgen“).
- Weitere Rationalisierung zur Lösung des Arbeitslosenproblems (Beispiel: Ein Schreibautomat ersetzt 7 Maschinschreiber(innen). Im Durchschnitt entsteht — in der BRD — für 5 wegrationalisierte Arbeitsplätze ein neuer Arbeitsplatz).
- Die sogenannte „Freie Marktwirtschaft“. Sie kann auf die Bedürfnisse künftiger Generationen nicht reagieren. Konkurrenz — der Kampf um den Kunden — zwingt zur ständigen Erweiterung und Erfindung künstlicher Bedürfnisse (Beispiel Werbung: „Man kann nie genug Schuhe haben“. Mode als Erziehung zur Wegwerf-Mentalität).
- Die Nachahmung Amerikas. (Beispiel: Verkehrswesen. Die KFZ-Dichte pro Flächeneinheit ist in der BRD inzwischen sechsmal, in Österreich etwa fünfmal so hoch wie in den USA. Die Auswirkungen der Emissionen entsprechend schlimmer).
- Die Gleichsetzung von Quantität mit Qualität: Mehr, größer, höher, schneller ist besser. Diese Gleichstellung führt zur Vergeudung und zur Gigantomanie, zur Machtkonzentration und damit zur Gefährdung des demokratischen Lebens. (Beispiel:

Allgemeines Krankenhaus, Großkraftwerk Dürnrohr — 2/3 der eingesetzten Primärenergie heizen die Donau auf) und zum Diktat der Elektrizitätswirtschaft.

- Das Fortschreiben bisheriger Tendenz in die Zukunft und dementsprechend Planung als „sich selbst erfüllende Prophezeiung“. (Beispiel: Energieverbrauchs-Zuwachs, Kraftfahrzeugs-Zuwachs, Fremdenverkehrs-Zuwachs usw.)
- Das weitere Zubetonieren fruchtbaren Bodens: 112 km² pro Jahr! Das ist mehr als ein Viertel des Wiener Stadtgebietes.
- Umweltindustrie statt Umweltpolitik: Zuerst ruinieren, dann sanieren.
- Politik, losgelöst von Ethik und Gefühl, beides als „irrational“ abgetan, mündet in Lebensfeindlichkeit.

Dieser Katalog der Unvereinbarkeiten ist bei weitem nicht vollständig. Dennoch genügt er, um festzustellen, daß sie alle die politische Praxis beherrschen. Zwar wurde schon 1972 ein Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz gegründet, doch es leidet bis heute an einem krassen Mangel von Kompetenzen und an stiefmütterlicher Behandlung bei der Zuteilung von Budgetmitteln. Ein Blick auf unser Budget zeigt, was wirklich Vorrang in den Köpfen der Regierenden — und der hinter ihnen stehenden — besitzt. Da werden in einem Jahr 17 Milliarden Schilling für Bundesstraßen ausgegeben, davon 12 für deren Ausbau und der Rest für Erhaltung. 1.050 km Autobahn, 250 km Schnellstraßen und rund 10.000 km Bundesstraßen gab es Ende 1983. 800 km Autobahn, 900 km Schnellstraßen und 100 km Bundess-

traßen sollen noch dazukommen.

8 Milliarden waren es im Vorjahr für Polizei und Gendarmerie, 4,5 Milliarden für die Justiz und 14 Milliarden für das Bundesheer. Dagegen nehmen sich die für 1984 vorgesehenen 500 Millionen für einen Umweltschutzfonds armselig aus, sogar die Bundestheater hatten 1983 ein Defizit von 1,3 Milliarden. Wenn man weiß, daß die Schirmherren der großen Umweltverschmutzer, die „Sozialpartner“, an der neuen „Dampfkessel-Emissionsverordnung“ mitbasteln, versteht man auch den Umweltminister, der in aller Öffentlichkeit erklärt, er habe die Wahl zwischen Depression und tiefer Depression und der die Schweiz beneidet, weil sie uns in der Umweltgesetzgebung überflügelt hat (wie übrigens viele andere europäische, vor allem skandinavische Länder). Der Wissenschaftsminister hat stolz verkündet, daß an die zehn neuen Institute für Mikroelektronik und Automationstechnologie mit Dutzenden Millionen Schilling ausgestattet werden. Von Geldern für brennende ökologische Forschungsaufgaben war nicht die Rede.

Nicht gottgewollte Ordnung

Doch nicht nur Parlament und Regierung verfolgen eifrig die alten Wege, auch in den Landtagen und Landesregierungen und Gemeinderäten ist es ähnlich, wie Beschlüsse für die Verbauung der Umbalfälle, für Hainburg und das Projekt im Reichraminger Hintergebirge zeigen.

Kein Oberflächengeplauder über die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, kein Lippenbekenntnis zum qualitativen Wachstum und zu einer nebulösen Lebensqualität kann darüber hinwegtäuschen: Auch bei uns sind die Eliten blind!

Die Frage lautet: Haben die Parteien überhaupt die Kraft, den Willen und die innere Möglichkeit zu einer ökologischen Orientierung? Sicher nicht in ihrer heutigen Verfassung, obwohl es in allen Lagern Menschen gibt, die dorthin streben. Pessimisten meinen: Menschen guten Willens haben keine Macht, Menschen, die Macht haben, haben keinen guten Willen. So trostlos ist es nicht! Hätten Macht und Geld immer recht be-

halten, wäre keine einzige Revolution erfolgreich gewesen. (Was nach den Siegen der Revolutionen nur allzu oft geschah, steht auf einem anderen Blatt). Die Mächte, die hinter den Parteien, hinter den Politikern stehen, engen deren Handlungsspielraum ein. Der soziale und geistige Vermischungsprozeß in unserem Jahrhundert hat dazu geführt, daß diese Mächte hinter den Parteien einander recht ähnlich, zum Teil miteinander identisch sind. Wir haben es mit einem schwer beweglichen Machtkartell zu tun, das sich gegen alle Veränderungen sperrt, die seine Stellung erschüttern könnten.

Macht korrumpiert: um sich zu halten, ist sie in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich. Daher braucht es eine Gegenmacht. Diese Gegenmacht kann nur in der Bevölkerung gefunden werden. Nun sind unsere Parteien, Massenparteien mit hunderttausenden Mitgliedern, selbst ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung. Ebenso gilt dies für die Kirchen und die Gewerkschaften. Das heißt, die Gegenmacht muß auch in den Parteien, in den Gewerkschaften und in den Kirchen gefunden werden. Ansätze dafür gibt es in ihrer Geschichte. Die Arbeiterbewegung hat die bestehende Ungerechtigkeit nie als gottgewollte Ordnung anerkannt, weder national noch international; sie hat aber auch nie ein Schlaraffenland erträumt. Jede Errungenschaft wurde als Schritt in eine bessere Zukunft und nicht als Raubbau an ihr verstanden: Freiheit von Furcht und Not, Teilhabe an den Bildungs- und Kulturgütern, Selbstbestimmung und Mitbestimmung für alle war das Ziel. Dies alles ist mit einer ökologischen Langzeitwirtschaft — aufgebaut auf dem erneuerbaren Energie- und Rohstoffquellen unter kluger Nutzung von „Allianztechniken“ im Bündnis mit der Natur unter weiser Schonung des Nichterneuerbaren — vereinbar.

Grüne Tradition

Hitler hat den Volkswagen gesprochen! Sozialisten haben nie von Vollmotorisierung mit Autobahnen als einem hehren Ziel phantasiert. Nicht nur Solidarität und Internationalismus, auch Naturverbundenheit gehört zur Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung.

Ein Anknüpfen an diese Traditionen ist durchaus möglich, ihre Neubelebung ist vor allem innerhalb der jungen Generation auch schon feststellbar. Über die Gesetzgebungsperiode, über die Grenzen des eigenen Lebens, der Familie, des Landes und des Kontinents hinausdenken — eine irdische Transzendenz-Haltung — war die Regel. Sie kann wiedergefunden werden. Diese Möglichkeit besteht gleichermaßen für die Sozialistische Partei und für die Gewerkschaft, obwohl letztere noch stärker im täglichen Kampf um Lohn und Arbeitsplatz steht und daher — im allgemeinen — noch kurzfristiger und begrenzter denkt. („Wir können Maschinen nicht verrotten lassen“ — „Wenn wir keine Panzer liefern, tun's die anderen“ usw.).

Die bürgerlichen Parteien, als ursprüngliche Träger der kapitalistischen Industriegesellschaft, haben es schwerer. Sie sind mit den meisten der aufgezählten Unvereinbarkeiten seit langem „verheiratet“ und sollen sich jetzt scheiden lassen. Dennoch ist das ökologische Bewußtsein in den Schichten, aus denen die Mehrheit ihrer Wähler stammt, weiter verbreitet als in Arbeitserkreisen. Untersucht man die soziologische Zusammensetzung der ökologischen Bewegung, findet man viele Beamte, Lehrer und Wissenschaftler — Menschen, die vom Markterfolg eines Produktes unabhängig sind. (Ihre Existenz ist zum Beispiel durch die Krise der Stahl- oder Textilindustrie nicht unmittelbar betroffen); sodann „prä-ökonomische Gruppen“ — Schüler und Studenten, „post-ökonomische Gruppen“ — Pensionisten, also Menschen, die noch nicht oder nicht mehr betriebsblind sind und sich den Luxus distanzierter Betrachtung leisten können; ferner „Interessenten“ — Förster, Bauern, Landschaftsarchitekten und ähnliche, die der fortschreitenden Naturzerstörung in ihrem Berufsalltag unmittelbar gegenüber stehen; schließlich die „Aussteiger“: auch sie kommen zum größten Teil aus einer bürgerlichen Umwelt.

Eine Erklärung für diese Tatsache mag darin liegen, daß Menschen, für die relativer Wohlstand schon in der zweiten oder dritten Generation selbstverständlich ist, nicht mehr so sehr von der Güterfülle fasziniert sind wie an-

dere, deren Eltern noch bittere Not kannten und die selbst einen Nachholbedarf haben oder zu haben glauben.

Auch das Bildungs- und Informationsniveau spielt eine große Rolle. Je höher dieses Niveau, desto schwerer fällt es, sich vor den Tatsachen ökologischer Katastrophen und dem Erkenen der Ursachen zu verschließen, selbst wenn die eigenen — kurzfristigen — materiellen Interessen an den Fortschritt der Zerstörung gebunden sind. Ob sich die persönliche Erschütterung auf die Politik bürgerlicher Parteien auswirkt, bleibt abzuwarten. Doch daß es geschieht, ist für sie ebenso eine Überlebensfrage wie für die Arbeiterseite.

Am leichtesten haben es die Kirchen: Erstens sind sie nicht unmittelbar für das leibliche Wohl der Gläubigen zuständig, und zweitens stehen sie — heute! — außerhalb jedes Parteienstreits und jeder politisch-ökonomischen Konkurrenz. Sie haben sich nur zu fragen, ob es im Plan des Schöpfers gelegen sein kann, daß der Mensch selbst die Apokalypse zumindest über den irdischen Teil dieser Schöpfung verhängt; bedeutend schlimmer, als es die Sintflut gewesen ist, bei der immerhin der Neubeginn über Gottes Weisung sorgfältig vorbereitet worden war.

Nach allen offiziellen Äußerungen österreichischer kirchlicher Würdenträger sind sie nicht dieser Ansicht. Ja mehr und mehr stellen sich auch einfache Priester auf die Seite der Ökologie- und Friedensbewegung, die — zusammengefaßt — als Seite der Lebensbejahung bezeichnet werden kann.

Die Kirchen haben schon durch ihre bisherige Langlebigkeit bewiesen, daß

sie sich auch revolutionären Veränderungen anzupassen vermögen, von der antiken Sklavengesellschaft bis zur heutigen Industriegesellschaft. Ihre Formen veränderten sich, ihre Substanz — die Religion — blieb.

Nach Teilkatastrophen

Es hat keinen Zweck, Pläne für den Weltuntergang zu schmieden; viel gescheiter ist es, sich gegen sein Kommen zu wehren. Das Mittel dazu ist eine wirkungsvolle Umweltpolitik im vollsten Sinn dieses Begriffes: Die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tätigkeiten und Verhaltensweisen im Einklang mit den Lebensgesetzen des Planeten — lokal, regional, kontinental, global.

Nehmen wir an, es gelingt: Nach Teilkatastrophen aller Art, auch in Österreich, wird sich eine ökologische Langzeitwirtschaft durchsetzen, die den Weiterbestand unseres Landes sichert und seinen Bewohnern ein menschenwürdiges Dasein erlaubt. Dann werden auch im besten Fall bis dahin viele Pläne aufgegeben, geliebte Gewohnheiten und Vorstellungen geopfert, ja selbst alte Grundsätze neuen Erkenntnissen und Notwendigkeiten angepaßt werden müssen.

Unsere Kinder werden nicht besser leben — im Sinn von „mehr haben“. Sie werden anders leben; vielleicht glücklicher. Das ist angesichts heutiger Massenstörungen, Suchtgiftkonsums, wirrer, blutiger Konflikte und äußerster Bedrohung gar nicht unwahrscheinlich.

Ob die heutigen Parteien dann noch ihre jetzigen Namen tragen werden, ist nicht wichtig. Aber alle können

wesentliche geistige Inhalte bewahren, soweit zu diesen auch ein religiös oder philosophisch inspirierter Humanismus gehört und wenn sie zugleich den Ballast des Überholten — die alte Angriß-, Macht- und Besitzgier, die die heutige Industriegesellschaft beherrscht — abwerfen.

Alle, die sich einer Partei, Gewerkschaft, Religionsgemeinschaft oder anderen großen gesellschaftlichen Gruppen besonders verbunden fühlen, müßten innerhalb dieser darauf hinarbeiten, wenn sie einen Fortbestand wünschen.

Der Artikel ist ein Auszug aus Paul Blaus Beitrag zum „Umweltreport Österreich“, herausgegeben von Katzmann/Schromm, der im Verlag Kremayr & Scheriau Ende September erscheinen wird (240 S, öS 228,—).

Paul Blau: Paul Blau, * 28. April 1915 Wien, † 28. Oktober 2005 Wien, war Journalist und Politiker. 1956-67 im ÖGB, 1962-67 Chefredakteur der Monatszeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“, 1967-70 Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, danach bis 1972 Presse- und Kulturattaché in Paris. 1972-79 wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Gesellschaftspolitik und Leiter des Referats für Umweltpolitik in der Arbeiterkammer.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels